

Insulare Lebensgrundlagen schützen und schaffen

Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog –
Kommunalwahlprogramm



Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Wir treten dafür ein, dass Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele höchste Priorität bekommen. Langeoog ist ein Teil des Ganzen. Politische Entscheidungen und sämtliches Handeln muss auch hier unter den "Klimavorbehalt" gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Langeoog die durch den Menschen verursachten Emissionen möglichst bis zum Jahr 2030/2035 vollständig vermeidet. Es geht darum, unseren Beitrag zu leisten, um auf den „1,5-Grad-Pfad“ zu kommen. Das ist nur möglich, wenn wir dem Klimawandel ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich-nachhaltig etwas entgegensetzen.

Der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien, wie z.B. der Solarenergie auf allen Neubauten muss auf Langeoog einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Die Nutzung von Regenwasser z.B. für öffentliche Toiletten und eine bedarfsgerechte Steuerung der Straßenbeleuchtung sind Schritte in die richtige Richtung.

Eine emissionsfreie Anreise (wie in Carolinensiel) und eine emissionsfreie Schifffahrt müssen in den kommenden Jahren (bis 2030/2035) verwirklicht

werden. Staatliche Förderungen sind dafür erforderlich, auch dafür setzen wir uns über unsere Bundestagsfraktion mit Nachdruck ein.

Wir wollen für Langeoog eine neue Nachhaltigkeitsstrategie für eine Zukunft, in der Natur und Klima- sowie der Artenschutz noch stärker beachtet werden. Es braucht einen grundlegenden Wandel im Denken und Handeln, der die wichtigen Bereiche wie Energie, Klimaschutz usw. umfasst.

Wir wollen dafür sorgen, dass Langeoog ein Vorbild beim Thema „Vermeidung der Plastikflut“ wird. Dies kann nur in Kooperation mit dem Handel und der Gastronomie geschehen. Abfallvermeidung muss auch durch Abfallberatung gestärkt werden, um dem Müll am Strand, im Watt und auf der Insel mit konkreten Maßnahmen zu begegnen.

Zur Stärkung der Natur ist auch die Erarbeitung und die Umsetzung eines Konzeptes für gemeindliche Flächen, Straßen und Wege, das Grünflächen und den Artenschutz an Straßenrandstreifen und auf Dachflächen fördert, sinnvoll. Kita und Schule könnten dabei eingebunden werden.

Weil der Sauerstoffproduzent Baum unser Leben sichert, sehen wir auch das Integrieren des Baumschutzes in den kommunalen Alltag mit Baumkataster, Baumschutzsatzung, Einbeziehung des Baumschutzes in die Bauleitplanung und Baumpatenschaften, als unseren klimapolitischen Auftrag an. Der von Bündnis90/ Die Grünen in den Rat eingebrachten und dort im September 2019 beschlossene Antrag zur Ausführung des Klimazukunftsvertrags auf Langeoog muss mit Leben gefüllt werden. Da der Klimawandel das global und lokal wichtigste Thema der nächsten Jahre werden wird, ist die Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität auf Langeoog zu sehen.

Das Beschaffungsmanagement und die Vergabepraxis der Inselgemeinde muss sich klarer an den im Februar 2019 vom Rat beschlossenen Kriterien: „Nachhaltig, sozial und ökologisch“ ausrichten. Der Antrag zur Beschaffung von Produkten durch die Gemeinde Langeoog aus dem Fairen Handel wurde seinerzeit von Bündnis 90/ Die Grünen in den Rat eingebracht und mit Mehrheit beschlossen. Die Förderung des Fairen Handels hat für uns oberste Priorität, ohne den Fairen Handel ist unsere Welt nicht enkeltauglich. Nachhaltigkeitsentwicklung geht nur mit Öffentlichkeitsbeteiligung, die wir herstellen werden.

Küstenschutz & Meeresschutz

Der Schutz unserer Küste und des Meeres ist essentiell für das Leben und Arbeiten der Menschen in Ostfriesland und im Landkreis Wittmund. Das gilt für die Inseln und für das Festland.

Wir Grünen stehen unverändert für den Schutz Langeoogs und allen anderen das Festland schützenden vorgelagerten Inseln. Allein auf Langeoog mussten in 2020 insgesamt 900.000 cbm Sand zur Sicherung der Dünen und dem Schutz der dahinterliegenden lebenswichtigen Süßwasserlinsen eingesetzt werden. Am Festland geht es um die Deiche.

Wir sprechen uns deshalb für einen Sonderrahmenplan Küstenschutz sowie eine Überarbeitung des integrierten Küstenschutzmanagements aus, wobei auch den Fragen zur Aufstockung der Finanzierung von Bund und Land besondere Beachtung geschenkt werden muss.

Darüber hinaus gibt es aktuell weitere Bedrohungen für die Inseln, die Küsten und das Wattenmeer:

- Offshore-Windenergie, die wir Grünen grundsätzlich als wichtige regenerative Energiequelle befürworten, braucht (See-)Trassen zur Anlandung der erzeugten Energie. Diese Trassen stellen einen erheblichen Eingriff in die Natur und abhängig von der Trassenführung ggf. existentielle Bedrohungen für Langeoog dar (Stichwort Süßwasser-Linse). Wir werden die Ausarbeitung der Trassen, die entsprechenden Raumordnungsverfahren und das anschließende Planfeststellungsverfahren weiter intensiv und kritisch begleiten und uns entsprechend einbringen. Wir beteiligen uns intensiv - u.a. auch unter dem Dach von Naturschutzverbänden - an den Gesprächen, zu denen das Amt für regionale Landesentwicklung (ARL) einlädt.
- Wir werden uns als Grüne vor Ort und im Land Niedersachsen für umweltschonende Verfahren zur Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen einsetzen. Perspektivisch dürfen nur noch schwimmende Windkraftanlagen auf dem Meer zugelassen werden.
- Seit Jahren bleiben die Insel- und Küstenkommunen auf den Kosten für die Entsorgung von angespültem Paraffin und anderem Meeresmüll an den Stränden sitzen. Denn: Trotz Verbotes werden Schiffe auf See gereinigt. Je nach Wetterlage und Strömung landen illegal entsorgte Abfälle an den Stränden. Fast zwei Drittel der Verschmutzungen werden durch Paraffin-Klumpen verursacht. Hier muss das Verursacherprinzip durchgesetzt werden. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung eines Meeresmüllfonds des Landes ein, der Insel- und Küstenkommunen bei der Sammlung und Entsorgung von angespültem Müll - z.B. auch durch Havarieschäden - unterstützt.
- Wir fordern einen Kurswechsel für gesunde Meere. In einer neuen marinen Raumordnung werden die Weichen für den Meeresschutz und vor allem der Nutzung festgelegt. Es werden die Raumordnungsansprüche von Windkraft, Schifffahrt, Fischerei und Rohstoffabbau - wie z.B. Öl- und Gasförderung abgegrenzt und gekennzeichnet, zusätzlich werden Naturschutzflächen für die nächsten Jahrzehnte festgelegt. Wir sprechen uns vehement gegen einen Rohstoffabbau, Öl- und Gasförderung aus.
- Es muss Vorsorge getroffen werden zur Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf den ostfriesischen Inseln. Wir haben dazu über unsere Landtagsfraktion eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung gestellt.
- Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Sicherheit im Schiffsverkehr - auch auf internationaler Ebene mit Hilfe der International Maritime Organization (IMO) - ein. Weiterhin besteht das Risiko, dass sich eine

Havarie wie bei der MSC Zoe beim nächsten schweren Sturm wiederholt. Hier sind bereits die Grünen im Bundestag aktiv unter anderem durch eine kleine Anfrage an die Bundesregierung in Sachen Schiffssicherheit.

- Ergänzend fordern wir unter dem Dach der IMO die Einführung eines international verpflichtenden Meldesystems für auf See verloren gegangenen Container und darauf aufbauend ein international standardisiertes Ortungssystem für diese Container und deren Inhalte.
- Die rund 1,3 Millionen Tonnen konventionelle Kampfmittel in der Nordsee fanden Jahrzehnte lang kaum Beachtung. Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge muss das Problem jetzt aber in den nächsten 10 – 20 Jahren gelöst werden. Auch dem Thema widmen wir uns mit großer Aufmerksamkeit, gemeinsam mit grünen Mitstreiter:innen von anderen ostfriesischen Inseln.

Tourismus

Unser Tourismus muss so nachhaltig wie möglich sein.

Für eine Vielzahl von Menschen steigt auch die Attraktivität unseres touristischen Angebotes, je achtsamer wir mit der Natur und Umwelt unserer Insel im Weltnaturerbe und Nationalpark Wattenmeer umgehen. Die Ausgestaltung des Tourismus muss hierzu passen.

Gäste, die eine gute Qualität und Nachhaltigkeit erkennen und schätzen, kommen gerne zu uns.

Wir setzen auf die 3 Säulen der Nachhaltigkeit

- Tourismus muss sozial sein, d.h. fair und ethisch
- Tourismus muss ökologisch gestaltet werden. Dazu gehört der Schutz von Umwelt und Natur sowie die Reduktion von Emissionen.
- Tourismus muss ökonomisch sein durch nachhaltiges Wirtschaften, Transparenz, lokale und regionale Wertschöpfung

Wir werden uns für eine Förderung klimaneutraler Anreisen und Fördermöglichkeiten für Betriebe, die nachhaltig wirtschaften, einsetzen. Das touristische Angebot muss für alle erlebbar sein. Daher sind weitere Maßnahmen für ein barrierefreies Reisen nach und auf Langeoog zu fördern. Barrierefreiheit für körperlich, geistig und seelisch beeinträchtigte Menschen bedeutet auch gesellschaftliche Teilhabe.

Kinderbetreuung, Schulentwicklung, Bildung und Förderung für Kinder und Jugendliche

Für alle Eltern auf Langeoog mit Kindern im Vorschulalter muss sichergestellt sein, dass sie ein kostenfreies Ganztagsbetreuungsangebot in der Kindertagesstätte ohne Wenn und Aber nutzen können. Dazu braucht es auch bedarfsgerechte Öffnungszeiten.

Die Förderung und die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen auf Langeoog muss das Niveau des Festlandes erreichen, sowohl bei Pflicht-, Freizeit- als auch bei individuellen Förderangeboten

(Logopädie, Ergotherapie, ...) Barrierefreiheit für alle Arten von Handicap ist auch hier ein Muß.

Gerade auch aufgrund der starken touristischen Ausrichtung der Insel und der damit einhergehenden Belastung der Familien, muss Schule auf Langeoog an fünf Tagen in der Woche das Angebot einer echten Ganztagschule vorhalten. Hier können, sollen und müssen Schüler:innen musikalisch, sportlich, kreativ, intellektuell und sozial gefördert werden.

Ein kostenfreies Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist da, wo es dies gibt, zu stärken und weiterzuentwickeln, so z.B. im Jugendhaus am Meer. Weitere Angebote, z.B. in Kooperation mit der Volkshochschule, der Musikhochschule oder dem TSV sind zu initiieren.

Wir fordern eine Stärkung der Digitalen Möglichkeiten der Schule. Zudem ist aber auch sicherzustellen, dass die (analogen) Angebote und Erfahrungen, draußen in der realen Welt, stärker wahrgenommen werden. Anschauliches und Begreifbares zum Klimawandel und zur Nachhaltigkeit liegen direkt vor der Tür.

Ein Jugendparlament würde helfen, die Bedürfnisse und Themen der Jugendlichen hörbarer und sichtbarer zu machen. Wir werden uns bei Bedarf dafür stark machen. Wer möchte, dass „Insulaner-Kinder“ auf der Insel bleiben oder nach der Ausbildung zurückkehren, muss jetzt aktiv werden.

Wohnraum, Familienzuzug und insulares Leben

Wohnen ist ein Menschenrecht und Teil der Daseinsvorsorge wie Nahrung, sauberes Wasser und Bildung.

Wohnen ist eine der bedeutenden sozialen Fragen unserer Zeit und auf Langeoog seit Jahrzehnten ein zentrales Problem.

Auf Langeoog muss zusätzlich dringend bezahlbarer arbeitgeberunabhängiger Wohnraum geschaffen werden, für Menschen die hier schon leben und Menschen, die hier leben und arbeiten wollen. Das ist zur Sicherstellung einer gesunden gesellschaftlichen Struktur, mit Kindern, Jugendlichen, Single, Paaren, Familien, Senior:innen dringend erforderlich. Davon profitieren alle und es macht auch das Leben von Einrichtungen, Kirchen und Vereinen auf der Insel zukunftsfähig.

Bei der Schaffung von Wohnraum braucht es jetzt Angebote, die ohne Darlehensaufnahmen und/oder Eigenleistungen nutzbar sind, eben ganz normale Mietwohnungen. Eine Wohnungsbaugesellschaft, wie im Landkreis Friesland mit dort über 1.300 Mietwohnungen, ist im Landkreis Wittmund noch nicht vorhanden. Zusammen mit unserem grünen Kreisverband in Wittmund setzen wir uns mit Nachdruck für die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft für den Landkreis Wittmund und damit auch für unsere Insel Langeoog ein.

Für den Wohnungsbau eingeplante kommunale Gelder müssen dann umgehend eingesetzt werden, wenn Einnahmen aus dem Projekt KWC/ HDI vorhanden sind. Durch unsere Initiative wurde gemeinsam mit der grünen Bundestagsfraktion ein Antrag an die Bundesregierung zur Wohngeldreform gestellt. Die Forderung nach

gesonderten Mietstufen für die ostfriesischen Inseln konnte erfolgreich durchgesetzt werden, sodass nun viel mehr Insulaner als vorher Wohngeld beantragen können.

Insgesamt muss dringend das insulare Leben und die Kultur auf Langeoog gestärkt beziehungsweise neu aufgebaut werden. Es fehlt an aktivem Austausch, der aber für die Inselgemeinschaft von großer Wichtigkeit ist. Es muss durch unterschiedlichste Freizeit-, Kultur-, Gesprächs- und Kreativangebote für Insulaner wieder mehr soziale Nähe und Gemeinschaft hergestellt werden. Begegnungen müssen auch räumlich möglich sein. Dafür braucht es Räumlichkeiten für Begegnungen und Veranstaltungen (Saal). Welche Möglichkeiten hier erwachsen, hängt eng mit der Lösung des Themenkomplexes HDI und KWC zusammen.

Gesundheit, Pflege und Senior:innen

Wir stehen für ein selbstbestimmtes und versorgungssicheres Leben unserer Senior:innen und für die Einrichtung eines Senior:innenbeirates.

Wir stehen weiterhin zur Unterstützung unseres Seniorenhus „Bliev hier“, welches die Betreuung pflegebedürftiger Senior:innen in Apartments des Hauses, sowie eine Unterstützung im Betreuten Wohnen, in der Tagespflege und in der Ambulanten Pflege Zuhause sicherstellt.

Die Gewinnung und das Halten von Personal hängt auch hier von fehlendem Wohnraumangebot ab.

Die ärztliche Versorgung auf Langeoog ist mittel- und langfristig sicherzustellen und auszubauen. Für Ärzt:innen braucht es passende Arbeits- und Lebensbedingungen.

Kommunale Finanzen

Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt. Wir werden uns mit aller Kraft für die Einhaltung des Entschuldungsvertrages einsetzen. Dazu braucht es endlich ein tragfähiges Konzept, mit dem Ziel einer dauerhaften Konsolidierung der Gemeindefinanzen. Nur so kann die Gemeinde auch wieder auf Fördergelder zurückgreifen, die ihr durch die aktuelle Schuldsituation verwehrt sind. Die Kommune ist außerdem durch Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes belastet. Rund 425.000 Euro muss die Gemeinde wegen ihres touristischen Angebotes jährlich zahlen.

Die Langeooger Grünen haben hierzu in der Ratssitzung im Juli 2021 einen Antrag für die Beschlussfassung einer Resolution an das Land Niedersachsen gestellt. Die Forderung: Die touristischen Regionen mit Prädikat finanziell zu stärken, wie es in anderen Bundesländern üblich ist.

Auch die Corona-Pandemie hat deutliche Spuren hinterlassen. Einnahmeausfälle und Zusatzkosten haben unsere Kommune vor zusätzliche große finanzpolitische Probleme gestellt.

Dringenst braucht es außerdem eine Lösung für den Komplex KWC und HDI (Kur und Wellness Center / Haus der Insel), damit sich die finanzielle Situation des Tourismusservice nachhaltig entspannen kann. Die Leistungen des Tourismusservice (TSL) müssen zudem effektiv und effizient gestaltet werden, um die Ausgaben zu senken. Wir stehen zudem für eine energetische Optimierung der entsprechenden Liegenschaften. Die Defizite des TSL müssen zukünftig deutlich verringert werden, um den Gemeindehaushalt zu entlasten.

Die finanzielle Situation führt heute zu einer Zwangslage, bei der die Zeit für eine „Wünsch-Dir-was-Lösung“ abgelaufen ist. Für uns ist nun - entgegen unseren früheren Aussagen - auch ein „Verkauf auf Erbpacht mit Einmalzahlung“ von KWC und HDI, denkbar. Dies würde bedeuten, dass der Grundbesitz nicht dauerhaft veräußert wird, sondern z.B. nach 50 Jahren in den Besitz der Gemeinde zurückfällt.

Unsere Kandidat:innen für die Kommunalwahl 2021

